

Schriften des Vereins für Socialpolitik

Band 282

**Entwicklungsperspektiven
von Niedrigeinkommensländern –
Zur Bedeutung von Wissen
und Institutionen**

Von

Joachim Ahrens, Torsten Amelung, Malcolm H. Dunn,
Andreas Hausknecht, Ingrid Jung, Robert Kappel, Rolf J. Langhammer,
Matthias Lutz, Katharina Michaelowa, Mechthild Schrooten,
Friedrich L. Sell, Frank Weiler

Herausgegeben von
Renate Schubert



Duncker & Humblot · Berlin

Schriften des Vereins für Socialpolitik
Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Neue Folge Band 282

SCHRIFTEN DES VEREINS FÜR SOCIALPOLITIK

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Neue Folge Band 282

Entwicklungsperspektiven
von Niedrigeinkommensländern –
Zur Bedeutung von Wissen
und Institutionen



Duncker & Humblot · Berlin

Entwicklungsperspektiven von Niedrigeinkommensländern – Zur Bedeutung von Wissen und Institutionen

Von

Joachim Ahrens, Torsten Amelung, Malcolm H. Dunn,
Andreas Hauskrecht, Ingrid Jung, Robert Kappel, Rolf J. Langhammer,
Matthias Lutz, Katharina Michaelowa, Mechthild Schrooten,
Friedrich L. Sell, Frank Weiler

Herausgegeben von

Renate Schubert



Duncker & Humblot · Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Entwicklungsperspektiven von Niedrigeinkommensländern : zur
Bedeutung von Wissen und Institutionen / Hrsg.: Renate Schubert. –
Berlin : Duncker und Humblot, 2001
(Schriften des Vereins für Socialpolitik, Gesellschaft für
Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ; N.F., Bd. 282)
ISBN 3-428-10598-2

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen
Wiedergabe und der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten

© 2001 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fremddatenübernahme: Selignow Verlagsservice, Berlin

Druck: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin

Printed in Germany

ISSN 0505-2777

ISBN 3-428-10598-2

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Vorwort

Anlässlich der Jahrestagung 2000 beschäftigte sich der Entwicklungsländer-Ausschuss des Vereins für Socialpolitik mit dem Thema „Entwicklungsperspektiven von Niedrigeinkommensländern – Zur Bedeutung von Wissen und Institutionen“. Der Bogen wurde dabei vom Wissen über die Folgen makroökonomischer Politiken bis hin zur Bedeutung moderner Informationstechnologien für Länder mit besonders niedrigen Pro-Kopf-Einkommen bzw. mit besonders hohen Auslandsverbindlichkeiten (Heavily-Indebted Poor Countries [HIPC]) gespannt. Die in diesem Band enthaltenen Beiträge stellen überarbeitete Versionen der auf der Tagung gehaltenen Referate und Korreferate dar. Die Überarbeitungen konnten sich auf zahlreiche Diskussionsbeiträge der Tagungsteilnehmer stützen, die aus der Entwicklungsländerforschung wie auch aus der praktischen Entwicklungspolitik kamen.

Andreas Hauskrecht von der FU Berlin geht in seinem Beitrag „Ärmste Entwicklungsländer und das geeignete Wechselkursregime – gibt es eine universelle Empfehlung?“ davon aus, dass die Wahl eines geeigneten Wechselkursregimes einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklungsförderung gerade der ärmsten Länder leisten könnte. Hauskrecht erläutert Vor- und Nachteile von flexiblen Wechselkursen auf der einen Seite und von einem Currency Board oder einer vollständigen Fremdwährungssubstitution (Dollarisierung) auf der anderen Seite. Er betont, dass wegen möglicher exogener Schocks der nominale Wechselkurs als Anpassungsinstrument unverzichtbar sei. Auch im Rahmen eines Systems flexibler Wechselkurse sei daher einer Vermögensstabilisierung der eigenen Währung der Vorrang gegenüber sonstiger Makropolitik zu geben und empfiehlt daher das Regime des adjustable peg.

Als Korreferent stellt *Malcolm H. Dunn* von der Universität Frankfurt/Main die Frage, ob die Wahl des Wechselkursregimes aus entwicklungstheoretischer Sicht tatsächlich relevant sei. Er kommt zu dem Ergebnis, dass dies wohl eher nicht der Fall sei. Zwar seien permanent sich verschlechternde und stark volatile terms of trade als Entwicklungshemmnis zu betrachten. Dieses Hemmnis sei jedoch in der Regel nicht durch freie Wechselkurse verursacht, sondern hätte typischerweise einen regionalen und güterspezifischen Hintergrund. Preisverschlechterungen und Preisschwankungen für Primärgüter seien die Folge von Veränderungen auf der Angebots- oder Nachfrageseite der Märkte für solche Primärgüter. Die genannten Preiseffekte würden sich in der Handelsbilanz niederschlagen und könnten damit Auf- oder Abwertungen der Landeswährung verursachen. Variierende Wechselkurse seien in diesem Sinn also Folge und nicht Ursache variierender terms of trade und der resultierenden Entwicklungsprobleme. Makropolitik und insbesondere die Marktöffnung in Industrieländern sei daher wichtiger als die Wahl eines Wechsel-

kursregimes, wenn man die erwähnten Entwicklungsprobleme überwinden wolle. Ein optimales Wechselkursregime gebe es jedenfalls nicht.

Die Offenheit von Märkten spielt auch im Beitrag von *Matthias Lutz* von der Universität St. Gallen eine wichtige Rolle. Unter dem Titel „Was verspricht die Globalisierung für die Niedrigeinkommensländer? – Ergebnisse aus der Wachstumstheorie und Evidenz“ zeigt Lutz auf, dass es gewisse Gruppen von Ländern gebe, deren wirtschaftliche Entwicklung konvergiere, so dass mittel- und langfristig Entwicklungsunterschiede verschwinden würden. Marktöffnung schein eine notwendige, nicht jedoch hinreichende Bedingung für Konvergenz zu sein. Vor allem die Diffusion von Wissen und Technologie sei in diesem Zusammenhang wichtig. Handel und Direktinvestitionen können ein bedeutsames Vehikel für Wissens- und Technologietransfer sein, wenn auch die empirische Evidenz in diesem Zusammenhang gerade für die ärmeren Länder nicht eindeutig ist. Insgesamt scheint die Empirie darauf hinzudeuten, dass Globalisierung und zunehmende Liberalisierung von internationalem Handel und internationalen Kapitalmärkten für sich genommen weder im positiven noch im negativen Sinn einen wesentlichen Entwicklungseffekt für arme Länder haben. Komplementären Faktoren, welche die Diffusion von Wissen und Technologien beeinflussen, wie etwa der institutionelle Rahmen eines Landes, komme wesentliche Bedeutung zu. Es sei daher nicht möglich, die Frage, ob Globalisierung den ärmsten Entwicklungsländern eher schade oder nutze, mit einem einfachen „Ja“ oder „Nein“ zu beantworten.

Friedrich L. Sell von der Universität der Bundeswehr in München geht in seinem Korreferat auf mögliche Ursachen für Konvergenz bzw. Divergenz ein. Er betont, dass neben der Globalisierung auch andere Ursachen relevant sein können, zum Beispiel die Höhe der staatlichen Ausgabenquote. Er zeigt, dass im Rahmen einer finanzwissenschaftlichen Erklärung Konvergenz erst dann feststellbar sei, wenn eine Schwelle mittleren Einkommens überschritten sei. Unter Berücksichtigung von wirtschaftshistorischen Befunden kommt er jedoch zu dem Ergebnis, dass Offenheit einen positiven Einfluss auf Konvergenz und Entwicklungsniveau habe, wenn auch künftig möglicherweise in geringerem Ausmass als bisher.

Im folgenden Beitrag änderte sich der Blickwinkel von einer eher allgemein gehaltenen Betrachtung optimaler Makropolitiken für Niedrigeinkommensländer hin zu einer länderspezifischen Analyse. *Robert Kappel* von der Universität Leipzig beschäftigt sich unter dem Titel „Catching-up mittelfristig kaum möglich: Begründungen für die langanhaltende Wachstumsschwäche Afrikas“ mit der Analyse verschiedener Länder Afrikas. Er betrachtet auf der einen Seite die konkreten Wachstums- und Entwicklungszahlen afrikanischer Niedrigeinkommensländer. Auf der anderen Seite entwickelt er ein Raster von Ansätzen zur Erklärung von guten bzw. schlechten Wachstumsbedingungen. Seiner Ansicht nach sind vor allem raumtheoretische, institutionentheoretische, aussenwirtschaftstheoretische und soziokulturelle Aspekte von Bedeutung.

Auf der Grundlage dieser Überlegungen leitete Kappel eine Fünfteilung afrikanischer Länder her. Auf der einen Seite gebe es die Emerging African Economies (EAE), zu denen nur Mauritius und die Seychellen gezählt werden könnten, bei denen man von hinreichenden Potentialen für eine positive wirtschaftliche Entwicklung ausgehen könnte. Daneben gebe es die potenziellen Reformländer, bei denen man im Zusammenhang mit fortgesetzten Wirtschaftsreformen damit rechnen könne, dass sie von niedrigen Niveaus des Pro-Kopf-Einkommens zu mittleren Einkommensländern aufschliessen könnten. Als drittes und viertes habe man schliesslich die in der Falle des Gleichgewichts auf niedrigem Niveau verharrenden Länder, die sich in einem Teufelskreis aus Armut und Konflikt befänden, aus dem sie ohne externe Hilfe nur mit geringer Wahrscheinlichkeit oder gar nicht herauskämen. Mehr als die Hälfte aller afrikanischen Staaten sei in diese Kategorien einzustufen. Ein „big push“ sei für diese Länder nicht möglich, da es sich in der Regel um Länder mit eher kleinen Märkten handelte. Dennoch könne durch eine wachstumsfördernde Politik, die neben Wirtschafts- und Innovationsförderung auch die Bildung von Humankapital, die Förderung von Klein- und Mittelunternehmen, die Reduzierung von Investitionsrisiken oder den Infrastrukturausbau mit einschliesse, Kapitalakkumulation und Wohlstand der afrikanischen Niedrigeinkommensländer gesteigert werden. Als fünftes führt Kappel schliesslich „Länder ohne Perspektiven“ an. Diese Gruppe umfasst fast ein Viertel der afrikanischen Länder und enthält Katastropheländer wie Sierra Leone, Angola, Liberia usw.

Rolf Langhammer vom Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel fasst in seinem Korreferat die Vielzahl der von Kappel genannten Einflussfaktoren für die Wachstumsschwäche afrikanischer Staaten in drei Gruppen zusammen. Er identifiziert in diesem Zusammenhang als erstes „natürliche“ oder geographisch bestimmte Wachstumshemmnisse, wie etwa Marktferne, tropische Infektionskrankheiten, tropische Landwirtschaft, ethnische Segmentierung oder „schlechte politische Nachbarschaft“. Die zweite Gruppe wachstumshemmender Faktoren bezeichnet er als aussenwirtschaftspolitische Faktoren, zu denen er die Besteuerungsbasis, die Aussenwirtschaftsstruktur, die handelspolitische Anbindung an Europa, den öffentlichen Ressourcentransfer oder währungspolitische Bindungen zählt. Schliesslich weist Langhammer auf institutionenökonomische Faktoren hin, zu denen einerseits das Phänomen des Dominierens stationärer Alleinherrscher gehöre, andererseits das Phänomen der Korruption. Zusammenfassend betont Langhammer, dass Afrika wohl nur dann wirkliche Entwicklungschancen habe, wenn die Weltgemeinschaft massiv interveniere und zum Abbau der zuvor erwähnten Hemmnisse beitrüge. Eine Alternative könne nur darin bestehen, Afrika sich völlig selbst zu überlassen und zu isolieren. Der Zwischenweg widersprüchlicher und halbherziger Interventionen, wie man sie immer wieder in Afrika südlich der Sahara finde, sollte jedenfalls nicht fortgesetzt werden.

Nach der Betrachtung länderspezifischer Faktoren ist der folgende Beitrag von *Katharina Michaelowa* vom HWWA in Hamburg einer sektorspezifischen Betrachtung gewidmet.

tung gewidmet. Unter dem Thema „Die Bedeutung von Schulbildung in Niedrigeinkommensländern – Das Beispiel Afrika“ wird die Frage behandelt, ob Bildung und Ausbildung nennenswerte Effekte auf mikro- bzw. makroökonomischer Ebene hätten. K. Michaelowa führt aus, dass man für den mikroökonomischen Bereich relativ klar zeigen könne, dass der Schulbesuch mit positiven privaten Bildungsrenditen verbunden sei, wobei in den meisten afrikanischen Ländern die Renditen im Bereich der Primarschulbildung am höchsten seien. Basis entsprechender empirischer Untersuchungen sei in der Regel die Mincersche Einkommensfunktion.

Bereits eine weitergehende mikroökonomische Analyse positiver externer Effekte oder der Opportunitätskosten des Schulbesuchs bzw. der Bildung im allgemeinen erweise sich jedoch als schwierig. Zwar gebe es grobe qualitative Abschätzungen, verlässliche quantitative fehlten jedoch überwiegend. Noch problematischer stelle sich die Abschätzung der makroökonomischen Effekte von Bildung dar. Aufgrund neuerer wachstumstheoretischer Modelle sei davon auszugehen, dass Humankapital eine wichtige Wachstumsdeterminante sei. Empirisch lasse sich ein positiver Zusammenhang zwischen Bildung, gemessen etwa durch die staatlichen Bildungsausgaben, und Produktivitätsgewinnen für Volkswirtschaften insgesamt nicht klar zeigen. Gerade für afrikanische Länder spielten in diesem Zusammenhang fehlende Daten eine wichtige Rolle. Darüber hinaus stellt sich vor allem aber auch die Frage einer geeigneten Operationalisierung der „Bildungs“-Variable. Trotz der nicht ganz klaren empirischen Befunde könne man jedoch davon ausgehen, dass gerade für afrikanische Länder mit einer Zunahme des Wachstumsbeitrags von Bildung und Ausbildung zu rechnen ist, wenn die ökonomischen und politischen Institutionen effizienter würden, so dass der Anreiz, private Bildungsrenditen im nicht-produktiven Bereich einer Volkswirtschaft zu erzielen, geringer ausfiele.

Ingrid Jung von der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung, Berlin, macht in ihrem Korreferat deutlich, dass ein positiver Wachstumsbeitrag von Bildung vor allem dann zu erwarten sei, wenn Schulen nicht einfach als „Alphabetisierungsanstalten“ für Massen von Kindern angesehen würden, sondern wenn Bildung kontextgebunden sei und wenn ausserdem nicht nur Lesen, Schreiben und Rechnen vermittelt würden, sondern auch weitergehende „social skills“. Fallstudien zeigten, dass gerade auch in Afrika Schule nur dann positive Gesamteffekte haben könne, wenn angemessen auf die kulturellen, sprachlichen, sozialen und ökonomischen Gegebenheiten der jeweiligen Regionen eingegangen werde. In diesem Sinne komme Versuchen, Lernen mit lokaler Entwicklung zu verknüpfen, besondere Bedeutung zu. Die Korreferentin folgert, dass sich hieraus in verstärktem Mass auch ein Auftrag für die öffentlichen Bildungssysteme ergebe.

Aktivitäten des öffentlichen Sektors sind auch ein wesentlicher Aspekt im Beitrag „Institution Building und Human Resource Development in Niedrigeinkommensländern – Das Beispiel Laos“ von *Joachim Ahrens* von der Universität Göttingen. Am Beispiel Laos zeigte der Referent auf, dass ein niedriges Niveau bei Menge und Qualität von Bildung sowie schwache institutionelle Kapazitäten des Staats we-

sentliche Entwicklungshemmnisse gerade auch für Niedrigeinkommensländer darstellen. Nur eine intensive Koordination von Regierungs-Aktivitäten und Aktivitäten im Rahmen von Entwicklungszusammenarbeit böte die Chance einer Überwindung dieser Hemmnisse. Anders formuliert: nur bei klarer und koordinierter Konditionalität bezüglich governance-Strukturen und bezüglich Bildungsbereich könne in Niedrigeinkommensländern eine ökonomisch, politisch und sozial nachhaltige Entwicklung erreicht werden. Dabei komme es vor allem darauf an, einen für die Situation des jeweiligen Landes optimalen Grad an Zentralisierung bzw. Dezentralisierung zu finden sowie einen optimalen Grad an Privatisierung und Regulierung. Ausserdem seien funktionsfähige Finanz- und Bildungssektoren wichtige Elemente im Zusammenhang mit einer Überwindung der genannten Entwicklungshemmnisse.

Mechthild Schrooten vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin zeigt in ihrem Korreferat, dass für die Transformationsländer im Osten Europas ähnliche governance Probleme bestünden wie für den Fall Laos aufgezeigt. Auch hier stelle sich vor allem die Frage, welcher Grad an Zentralisierung, Privatisierung und Regulierung optimal sei. Dies könne nicht in allgemeiner Form festgelegt werden, sondern sei unter Beachtung der jeweiligen Rahmenbedingungen und Kapazitäten länder- bzw. regionenweise zu bestimmen.

Frank Weiler von der GOPA in Bad Homburg ging schliesslich auf das Thema „Anwendungsgebiete und Fördermöglichkeiten von Informations- und Kommunikationstechnologien in Entwicklungsländern“ ein. Unter Berufung auf den Jahresbericht 1999 des UNDP zeigte Weiler positive und negative Effekte neuer Informations- und Kommunikationstechnologien für Länder mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen auf. Er wies dabei besonders auf positive Netzwerkexternalitäten hin. Wegen der Dominanz positiver Effekte folgerte der Referent, dass die neuen Technologien gerade auch in armen Entwicklungsländern förderungswürdig seien. Er zeigte konkrete Ansatzpunkte für eine solche Förderung auch aus der Perspektive der Entwicklungszusammenarbeit auf und wies auf mögliche Risiken wie nicht angepassten Einsatz der Technologien, überzogene Erwartungen und unzureichende Voraussetzungen, brain-drain, Arbeitslosigkeit, hohe Opportunitätskosten oder Polarisierung und Ausgrenzung hin. Wissen um diese Risiken würde jedoch die Basis für eine angemessene und damit auch erfolgreiche Förderung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien schaffen.

Torsten Amelung von der Universität Köln akzentuierte in seinem Korreferat vor allem die Möglichkeit des sogenannten „leap-frogging“, d. h. der Möglichkeit, mehrere Technologiegenerationen zu überspringen und dadurch Anpassungs- und Organisationskosten zu sparen. Firmen und staatliche Institutionen könnten auf diese Weise zu geringen Kosten effiziente Strukturen entwickeln. Für Firmen aus Entwicklungs- und Schwellenländern werde ein direkterer Marktzugang möglich. Schliesslich könnte auch der Bildungsbereich in Entwicklungsländern davon profitieren, dass zu relativ geringen Kosten qualifizierte Angebote aus aller Welt nutzbar werden. Der Korreferent wies jedoch darauf hin, dass dem leap-frogging technische

und institutionelle Grenzen gesetzt seien, die es unumgänglich machten, dass der Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechnologien gezielt staatlich gefördert werde. Zur Identifikation optimaler Förderstrategien wären allerdings Kosten-Nutzen-Analysen erforderlich, die man heute vielfach noch nicht habe. Das gemeinsame Erarbeiten solcher Studien durch Industrie- und Entwicklungsländer könne als erster sinnvoller Schritt in dieser Richtung gesehen werden.

Als Gesamteindruck der Tagung zum Thema „Einkommensperspektiven von Niedrigeinkommensländern“ lässt sich festhalten, dass Wissen und Institutionen in der Tat wichtige Entwicklungsfaktoren darzustellen scheinen. Beide Aspekte sind dabei in einem breiten Sinne zu verstehen. Mit Wissen ist einerseits allgemein Bildung und Humankapital gemeint, andererseits aber auch spezielles Wissen über die Wirkung von Makropolitiken, von Zentralisierung oder Dezentralisierung, von Privatisierung, von Regulierung usw. bis hin zum Wissen über die Folgen eines verstärkten Einsatzes von Informations- und Kommunikationstechnologien. Bei Institutionen ist einerseits die Frage angesprochen, wie bestimmte ökonomische, politische oder soziale Prozesse zu organisieren sind, so dass sie möglichst günstige Wachstums- und Wohlfahrtseffekte haben. Andererseits geht es aber auch um Fragen des Verhaltens von einzelnen und die alt bekannte Frage, wie man – nun unter den spezifischen Rahmenbedingungen von armen Entwicklungsländern – sicherstellen kann, dass individuelle und kollektive Optimalität Hand in Hand gehen.

Welche Lehren sind aus diesen Erkenntnissen zu ziehen? Es zeigte sich, dass an vielen Stellen das Wissen um die Bedeutung von Wissen und Institutionen doch weniger konkret und verfügbar ist, als man sich das wünschen würde. Insofern besteht die Aufforderung an die Wissenschaft, sich in verstärktem Mass um qualitative und quantitative Studien zu bemühen, die die mikro- und makroökonomische Bedeutung von Wissen und Institutionen für verschiedene Länder, und insbesondere für Niedrigeinkommensländer besser ausleuchten. Daneben ist der Wunsch an die Entwicklungszusammenarbeit deutlich geworden, arme Entwicklungsländer durch direkte Massnahmen, nicht zuletzt aber auch im Rahmen von mehr Konditionalität bei einer quantitativen und qualitativen Verbesserung von Wissen und Institutionen zu unterstützen.

Zürich, Januar 2001

Renate Schubert

Inhaltsverzeichnis

Ärmste Entwicklungsländer und das geeignete Wechselkursregime – gibt es eine universelle Empfehlung?	
Referat von <i>Andreas Hauskrecht</i> , Berlin	13
Korreferat von <i>Malcolm H. Dunn</i> , Frankfurt/M.	29
Was verspricht die Globalisierung für die Niedrigeinkommensländer? Ergebnisse aus der Wachstumstheorie und Evidenz	
Referat von <i>Matthias Lutz</i> , St. Gallen	43
Korreferat von <i>Friedrich L. Sell</i> , Neubiberg	71
Catching-Up mittelfristig kaum möglich: Begründungen für die langanhaltende Wachstumsschwäche in Afrika	
Referat von <i>Robert Kappel</i> , Leipzig	87
Korreferat von <i>Rolf J. Langhammer</i> , Kiel	117
Die Bedeutung von Bildung in Niedrigeinkommensländern: Das Beispiel Afrika	
Referat von <i>Katharina Michaelowa</i> , Hamburg	127
Korreferat von <i>Ingrid Jung</i> , Bonn	153
Institution Building und Human Resource Development in Niedrigeinkommensländern: Das Beispiel Laos	
Referat von <i>Joachim Ahrens</i> , Göttingen	163
Korreferat von <i>Mechthild Schrooten</i> , Berlin	191
Anwendungsgebiete und Fördermöglichkeiten von Informations- und Kommunikationstechnologien in Entwicklungsländern	
Referat von <i>Frank Weiler</i> , Darmstadt	203
Korreferat von <i>Torsten Amelung</i> , Köln	235

Ärmste Entwicklungsländer und das geeignete Wechselkursregime – gibt es eine universelle Empfehlung?*

Von *Andreas Hauskrecht*, Berlin

Vorbemerkung

Die jüngsten internationalen Finanzkrisen, angefangen mit Südostasien über Russland bis Brasilien, haben eine intensive wissenschaftliche Diskussion ob des geeigneten Wechselkursregimes insbesondere für Entwicklungsländer ausgelöst. Gerade US-amerikanische Wissenschaftler und Offizielle plädieren in jüngster Zeit für die Wahl einer der zwei möglichen Extremfälle von Wechselkursregimes, in der Literatur wird auch von Randlösungen gesprochen, entweder vollkommen flexible Wechselkurse (pure float), oder aber die Übernahme einer existierenden Währung, oft auch als komplette Dollarisierung bezeichnet.¹ Letztere Empfehlung umschließt, zumindest bei den meisten Autoren, die Alternative der Einführung eines Währungsrates, im folgenden als Currency Board bezeichnet. Dem gegenüber werden sogenannte „Mittelregimes“, wie eine Ankoppelung der eigenen Währung an eine andere Währung mit der Möglichkeit der Veränderung der Parität (adjustable peg), ein Zielzonenregime (target zones) oder ein crawling peg, also eine periodische nominale Abwertung zur Stabilisierung des realen Wechselkurses, abgelehnt, da diese anfällig seien gegenüber spekulativen Attacken, die eine große Gefahr für den jeweiligen inländischen Finanz- wie Realsektor darstellten.²

Der folgende Beitrag analysiert die vorgebrachten Argumente und hinterfragt die Gültigkeit der Annahmen und Richtigkeit der Empfehlungen für insbesondere ärmste Entwicklungsländer. Es wird argumentiert, dass Entwicklungsländer mit dem Dilemma konfrontiert sind, zur Absicherung der Vermögensfunktion des nominalen Wechselkurses ein hohes inländisches Zinsniveau durchsetzen zu müssen, was den Prozess nachholender wirtschaftlicher Entwicklung erschwert.

* Der Autor ist Malcolm Dunn, Hans-Rimbert Hemmer und Lukas Menkhoff für wichtige Hinweise und Beseitigung von Fehlern bei der Durchsicht früherer Fassungen dieses Beitrages zu Dank verpflichtet.

¹ In der Literatur werden die Begriffe Währungssubstitution und Dollarisierung synonym verwandt. Gleichwohl ist eine fortschreitende Währungssubstitution ebenfalls durch die DM (den EURO) vor allem auf dem Balkan und Mittel- und Osteuropa beobachtbar.

² Auf die Diskussion weiterer denkbarer Zwischenregimes wie etwa ein dirty float, also ein flexibler Wechselkurs mit Zentralbankinterventionen, wird verzichtet, da dies keine weiteren analytischen Einsichten hervorbringt.

A. Das Plädoyer für Randlösungen

„There is no single answer, but in light of recent experience what is perhaps becoming increasingly clear – and will be probably be increasingly reflected in the advice that the international community offers – is that in a world of freely flowing capital there is shrinking scope for countries to occupy the middle ground of fixed but adjustable pegs. As we go forward from the events of the past eighteen months, I expect that countries will be increasingly wary about committing themselves to fixed exchange rates, whatever the temptations these may offer in the short run, unless they are also prepared to dedicate policy wholeheartedly to their support and establish extra-ordinary domestic safeguards to keep them in place.“³

Dieses Zitat von Lawrence Summers, dem US-amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler und amtierenden Finanzminister, ließe sich durch zahlreiche Beispiele anderer Autoren ergänzen.⁴ Das Kernargument lautet, das Trilemma, nämlich die Unvereinbarkeit der Ziele eines freien internationalen Kapitalverkehrs, einer Stabilisierung des nominalen Wechselkurses und einer eigenständigen nationalen Geldpolitik, lasse sich nur auflösen, indem die nationale Währung unwiederbringlich fixiert werde, was dem vollständigen Verzicht auf eine eigene Geldpolitik entspricht, oder aber alternativ durch den Übergang zu flexiblen Wechselkursen. Implizite Annahme ist hierbei, dass eine Einschränkung des internationalen Kapitalverkehrs unerwünscht sei.⁵ Gerade die asiatische Finanzkrise habe nachdrücklich gezeigt, dass Währungsankoppelungen der Gefahr spekulativer Attacken ausgesetzt seien; lässt sich die Währungsparität nicht weiter aufrecht erhalten, droht ein Überschießen des Wechselkurses mit fatalen Folgen für den Finanz- wie den realen Sektor der betroffenen Ökonomie.

Unterstützt wird diese Sichtweise durch die Spielregeln des Systems von Bretton Woods; auch hier hatte es sich um ein Fixkurssystem mit der Option der Paritätenanpassung gehandelt. Bedingung für dessen Funktionieren war aber die Einschränkung des freien Kapitalverkehrs auf Leistungsbewegungen. Der fortschreitende Prozess der Liberalisierung der nationalen Finanzmärkte und darüber des internationalen Kapitalverkehrs habe zunehmend ein Festhalten an einem Regime der Währungsankoppelung erschwert.

³ Summers, L. (1999), zitiert nach Frankel, J. A. (2000), S. 6.

⁴ So wird etwa im sogenannten Meltzer-Report (2000) ebenfalls die Empfehlung für eine der beiden Randlösungen ausgesprochen. Stanley Fischer (1999), stellv. Managing Director des IMF, gelangt zu einer ähnlichen Schlussfolgerung.

⁵ Es ist nicht ohne eine gewisse Ironie, dass gerade die These des wohlstandsstiftenden freien internationalen Kapitalverkehrs bisher insbesondere für Entwicklungsländer empirisch nicht bestätigt werden konnte. Siehe hierzu Eatwell, J. (1996). Auch die allokationstheoretische Begründung für freien internationalen Kapitalverkehr ist kaum haltbar. Siehe hierzu Rodrik, D. (1998).

I. Flexible Wechselkurse

Das Plädoyer für flexible Wechselkurse betont die Funktion des Wechselkurses als relativen Preis, als Austauschverhältnis zweier Währungen, das keinesfalls künstlich fixiert werden dürfe, sondern vielmehr gemäß den Veränderungen der jeweiligen Angebots-/Nachfragekonfigurationen schwanken müsse. Schon Friedman betonte Anfang der 50er Jahre die stabilisierende Funktion der Spekulation, verstanden als das Eingehen offener Preispositionen in einer Währung, da diese immer zum der Kaufkraftparität entsprechenden Gleichgewichtskurs zurückführe und darüber hinaus einen disziplinierenden Druck auf nationale Geld- und Fiskalpolitik ausübe.⁶ Einerseits sollen flexible Wechselkurse als Schockabsorber bei unterschiedlichen Preisentwicklungen im In- und Ausland fungieren und darüber eine eigenständige nationale Geldpolitik ermöglichen, zum anderen aber Sorge die Spekulation gegen eine frei schwankende Währung für eine disziplinierende Wirkung auf die Geld- und Fiskalpolitik. Die implizite Annahme hierbei ist, dass die nominale Wechselkursentwicklung letztlich unterschiedliche Inflationsraten in den Währungsräumen widerspiegele, nominaler und realer Wechselkurs sich also nicht gleichgerichtet bewegen.⁷

Diese Annahmen über die Entwicklung der Paritäten bei flexiblen Wechselkursen wurden in der Praxis nicht bestätigt. Cooper weist darauf hin, dass die Wechselkursbewegungen der gegeneinander frei floatenden Währungen, insbesondere der Leitwährungen USD und EURO, aber auch des Yen, schwerlich anhand der Veränderung von Kaufkraftparitäten erklärt werden können und zumindest kurz- bis mittelfristig massive Unsicherheit über zukünftige Preisentwicklungen verursachen.⁸ MacDonald betont die sehr eingeschränkte Prognosefähigkeit von Wechselkursentwicklungen anhand von (auch relativen) Kaufkraftparitäten, die er auf kurze Sicht verneint und erst ab einem Zeitraum von mindestens zwei bis drei Jahren als anwendbar sieht.⁹

Vermutlich unterschätzt wurde von den frühen Befürwortern flexibler Wechselkurse der rapide Anstieg autonomer, also nicht an Leistungsbewegungen gebundener, internationaler Kapitalbewegungen, die in hohem Maß der Erwartungsbildung bezüglich der Entwicklung der Wechselkurse unterliegen. Eine hohe Volatilität des nominalen Wechselkurses, der neben dem Preisniveau inländisches Vermögen bewertet, birgt Unsicherheit ob des zukünftigen Trends der Wechselkursentwicklung und kann zu einem akzelerierenden Prozess der Flucht aus der Währung in Form einer self-fulfilling prophecy führen.

⁶ Siehe *Friedman*, M. (1953).

⁷ Siehe hierzu die Diskussion in *Cooper*, R. N. (1999), S. 101 ff., der die Annahmen der Befürworter flexibler Wechselkurse anhand H. G. Johnsons berühmten Artikels von 1969 „The Case for Flexible Exchange Rates“ diskutiert.

⁸ Siehe *Cooper*, R. N. (1999), S. 105 ff.

⁹ Siehe hierzu *MacDonald*, R. (1999).